

Wir! Stiftung pflegender Angehöriger Stellungnahme zum Positionspapier "Die Pflege zukunftsfest machen" der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag vom 10. Oktober 2023

15.01.2024

Das Positionspapier der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag ist bemüht darum, das Thema "Pflege" umfassend zu bearbeiten und "zukunftsfest" zu machen.

Eine zukunftsorientierte Planung der pflegerischen Versorgung in Deutschland ist dringend erforderlich. Allerdings wird auch in diesem Papier nicht geklärt, was unter "Pflege" zu verstehen ist. In erster Linie ist wohl die professionelle Pflege gemeint? Die informelle Pflege wird zwar als "Rückgrat" der pflegerischen Versorgung in Deutschland bezeichnet, sie wird aber in den weiteren Ausführungen nicht als gleichrangig gewichtet.

Es wird betont, dass das "deutsche Gesundheits- und Pflegewesen zu den stärksten und mit am besten ausgestatteten Systemen weltweit" gehört. Finanziell gesehen ist das so.

Aber wie sieht die Umsetzung dessen, was auf dem Papier steht, in die Lebensrealität von Menschen mit Pflegebedarf und der sie professionell und informell Pflegenden aus? Muss die Umsetzbarkeit von zugesagten Leistungen im Pflegealltag nicht ein entscheidendes Kriterium sein?

Es ist von einer gesamtgesellschaftlichen Unterstützungsnotwendigkeit die Rede. Wenn damit ehrenamtliches Engagement gemeint ist, dann hat das gesamtgesellschaftliche Unterstützungspotential Grenzen. Über 84 Prozent (Destatis 2021) der Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters werden von Angehörigen jeden Alters oft viele Jahre lang rund um die Uhr gepflegt und versorgt. Auf der Basis welcher Erkenntnis kann man annehmen, dass dieses Potential auch in Zukunft noch zur Verfügung steht?

Zu den aufgeführten Punkten des Positionspapiers:

Beim Punkt **Finanzierung** wird nur die professionelle Pflege thematisiert. Daß 84 Prozent von Angehörigen gepflegt werden, wird mit keinem Wort erwähnt. Warum nicht? Weil diese Pflege unentgeltlich ist?

Eine finanzielle Pflegevorsorge der jungen Generation ist bei unsicheren langfristigen Anlageverhältnissen problematisch.

Und wer soll zukünftig für Pflegeleistungen bezahlt werden? Welche ungeborenen Kinder von ungeborenen Müttern sollen zukünftig Pflegeberufe ergreifen?

Die Arbeitsbedingungen in der **professionellen Pflege** müssen zweifelsohne verbessert werden.

Das gilt aber auch für "das Rückgrat des deutschen Pflegesystems", für die **pflegenden Angehörigen**. Nur "mehr Verständnis" für "diese Menschen" aufzubringen ist zu wenig. "Diese Menschen" sind wir potentiell alle. Sie sind die Wähler und Wählerinnen, sie sind die Auftraggeber und Auftraggeberinnen, die solidarischen Finanziere der Pflege sowie, wie richtig angemerkt wird, "das Rückgrat des deutschen Pflegesystems".

Die Angehörigenpflege stellt die 24/7/365 Pflege, Versorgung und Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters sicher. Unterstützungs- und Entlastungsangebote sind wichtig. Aber was ist, wenn es keine Angehörigen gibt, die Angehörigenpflege leisten können oder sie das nicht wollen? Wenn pflegende Angehörige tatsächlich das Rückgrat des deutschen Pflegesystems sind, sollten sie und die Rahmenbedingungen, in denen sie pflegen und sorgen, auch dieser Bedeutung entsprechend in dem Positionspapier thematisiert und positioniert werden.

Auch professionell Pflegende kümmern sich nicht selten außerhalb ihrer Dienstzeit um Angehörige mit Pflegebedarf. Sie sind dann neben ihrer beruflichen Pflegetätigkeit privat zusätzlich noch "pflegende Angehörige". Beide Tätigkeitsfelder sind wichtig zur Sicherstellung einer ganzheitlichen Pflege.

Wenn die **Pflege zukunfts fest gemacht werden** soll, dann müssen professionelle und informelle Pflege zumindest gleichwertig gewichtet werden. Im Mittelpunkt muss der Pflege- und Unterstützungsbedarf von Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters stehen.

Aktuell wird primär die prekäre Situation von stationären Einrichtungen sowie der professionellen Pflege insgesamt thematisiert. Aber, wie angemerkt, auch die informelle Pflege kommt finanziell und personell an ihre Grenzen.

In dem Positionspapier wird mit dem Thema „Zukunft der Pflege“ ganz offensichtlich in erster Linie die Zukunft der professionellen Pflege assoziiert. Beruflich Pflegende erbringen Pflege im pflegfachlichen Sinn in einem festgelegten Rechtsrahmen gegen Bezahlung. Ihre Tätigkeit spielt sich auf der Berufsebene ab.

Die über 84-prozentige Angehörigenpflege, -sorge und -begleitung wird parallel zu professioneller, beruflich erbrachter Pflege subsidiär rund um die Uhr ganzheitlich und unentgeltlich privat erbracht. Diesen Zustand ohne Reform weiterführen zu wollen ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung nicht an Realitäten orientiert und damit nicht nachhaltig zukunftsorientiert.

Dass im Weiteren neben Ausführungen zur Situation der professionellen Pflege auch auf die Situation pflegender Angehöriger eingegangen wird, sehen wir als positiven ersten Schritt in Richtung einer ausgewogeneren Befassung mit dem Thema "Pflege" an.

Neben der Frage, wie viele beruflich Pflegende künftig die professionelle Pflege noch leisten können und wollen, wird gleichberechtigt die Frage stehen müssen, wie viele Angehörige die informelle Pflege künftig noch durchführen können und wollen.

Zu I. Finanzierungsperspektive für die Pflege

Dass personenorientierte, qualitativ hochwertige Pflege ihren Preis hat ist nachvollziehbar. Aber auch hier stellt sich die Frage, was gemeint ist mit "Pflege"? Gehören dazu auch bspw. pflegeversicherungsfremde Leistungen und Investitionskosten?

Zu II. Prävention der Pflegebedürftigkeit

Den Schwerpunkt beim Thema "Pflege" vor allem auf ältere Menschen zu legen mag statistisch gerechtfertigt sein. Allerdings stellt man damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Pflegebedarf ins Abseits.

Prävention soll im "Sinne der Eigenverantwortung" gestärkt werden. Der Ansatz ist gut. Es

muss allerdings geklärt werden, welche Fachpersonen sich angesichts des großen Personalmangels künftig in den angesprochenen und weiteren Strukturen darum kümmern werden?

Das Ziel, *in der eigenen Umgebung wohnen und leben* zu können trifft den Bedarf vieler Menschen. Die Realisierung sollte nachhaltig geplant werden. Eine Aneinanderreihung von üblicherweise zeitbefristeten Projekten erscheint als nicht weiterführend.

Pflegestützpunkte und Quartiersmanagement sowie präventive Hausbesuche auszubauen klingt gut. Jedes dieser Angebote stellt eine eigene Struktur dar, die nur mit Zeit, Geld und Werben um Vertrauen bei Menschen Fuß fassen kann. Es muss für die Nutzer und Nutzerinnen ein individueller Mehrwert sichtbar und erlebbar sein.

Das *Ehrenamt* verändert sich. Auch dieser Tatsache muss Rechnung getragen werden. Die Leistungen, die Bürger und Bürgerinnen für und in die Gemeinschaft einbringen, sind freiwillig. Ehrenamtliches Handeln kann nicht verordnet werden. Es muss auch für die freiwillig Tätigen einen Mehrwert bringen. Nachhaltigkeit in der Umsetzung muss im Fokus stehen, damit Angebote dauerhaft angenommen werden.

"*Ambulant vor stationär*" klingt zunächst gut. Bei näherer Betrachtung stellt sich die Frage, wer die häusliche Betreuung übernehmen soll? Nicht jeder Mensch mit Pflegebedarf hat Angehörige und nicht alle Angehörigen können oder wollen Verantwortung übernehmen.

Ein *flexibles Präventionsbudget* sollte selbstverantwortlich verwaltet und die Verwendung selbstbestimmt organisiert werden können. Auch müssen entsprechende Angebote niedrigschwellig und unbürokratisch bereitgestellt und in Anspruch genommen werden können.

Zu III. Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege durch Entlastung

Zweifelsohne sind es auch die *Arbeitsbedingungen*, die zum Personalmangel in der professionellen Pflege beitragen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege muss auch für professionell Pflegenden im Fokus stehen können. Im Grundsatz befürworten wir Bürokratieabbau und Digitalisierungsbestrebungen. Allerdings haben informelle und professionelle Pflege unterschiedliche Schwerpunkte, die nicht vermischt werden sollten.

Die *Einberufung eines Bund-Länder-Gipfels* ist nicht nur für die Interessen der professionellen Pflege wichtig. Auch "das Rückgrat" der Pflege, die Angehörigenpflege muss mit einbezogen werden.

Zu IV. Förderung pflegender Angehöriger; bedarfsgerechte Pflege und Betreuung

Zunächst einmal begrüßen wir es als einen großen Fortschritt, dass in diesem Abschnitt explizit auf die Tätigkeit und die Bedarfe pflegender Angehöriger eingegangen wird.

In diesem Abschnitt werden sie als "eine der tragenden Säulen für die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen" benannt. Die Diskrepanz der Aussagen macht ein maßgebliches Problem deutlich: Die Angehörigenpflege wird einerseits als "Rückgrat" und

andererseits als "eine Säule" des deutschen Pflegesystems bezeichnet. Was gilt? Ist die informelle Pflege das Rückgrat oder ist sie nur eine Säule unter mehreren Säulen?

Weiter wird in diesem Abschnitt nicht klar, ob mit dem Begriff "pflegende Angehörige" rechtlich verankerte "Pflegepersonen" benannt werden oder ob die nicht rechtssicher verankerte Gruppe der "pflegenden Angehörigen" jeden Alters damit gemeint ist.

Grundsätzlich ist die Erwähnung von pflegenden Angehörigen und das Entgegenbringen von Respekt und Anerkennung sehr zu begrüßen.

Den Vorschlag, die Angehörigenpflege finanziell, organisatorisch und personell zu fördern, sehen wir als sehr hilfreich an.

Damit solche Vorschläge aber nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern im Alltag individuell, situations- und bedarfsorientiert umgesetzt werden können, bedarf es noch großer Anstrengungen.

Vor allem müssen pflegende Angehörige jeden Alters über die Sinnhaftigkeit von Angeboten mitreden und mitentscheiden können.

Den Vorschlag, pflegende Angehörige in eine regelmäßig tagende *Bund-Länder-Kommission* mit einzubeziehen, unterstützen wir ausdrücklich!

Damit Alltagsbedarfe in einer solchen Kommission Geltung erhalten, sollten nur Vertretungen von pflegenden Angehörigen dort Sitz und Stimme bekommen, die über eigene Pflegerfahrung verfügen. Nur "für" und "über" Bedarfe von pflegenden Angehörigen zu sprechen und zu schreiben ist zu wenig.

Um solche Vertretungen aufzubauen, sollten "bottom-up Strukturen" wie beispielsweise bundesweite sozialräumlich gewählte Pflegebeiräte, die mit professionell und informell Pflegenden besetzt sind, verankert werden. Aus solchen Gremien heraus könnten dann bundesweit Vertretungen gewählt oder berufen werden.

Die *Fortschreibung des Hilfsmittelkataloges* hinsichtlich der Finanzierung technischer und digitaler Hilfsmittel unterstützen wir. Dieses Thema betrifft neben Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters auch die Pflegeunterstützung durch professionell und informell Pflegende.

Eine *Lohn- bzw. Entgeltersatzleistung* bei der Pflegezeit bzw. der Familienpflegezeit ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Pflegende Angehörige benötigen auch unabhängig von einer Berufstätigkeit einen finanziellen Leistungsausgleich für ihre Sorgeleistungen. Im AOK-Pflege-Report von 2016 wird festgestellt, dass die Wertschöpfung der Angehörigenpflege mindestens 37 Milliarden Euro pro Jahr beträgt. Angesichts dieser Tatsache muss über einen generellen finanziellen Leistungsausgleich für die zivilgesellschaftliche Pflege- und Sorgearbeit nachgedacht und verhandelt werden.

Zum Thema "*Live-in*", also ausländischer Betreuungskräfte, wurden in den DIN SPEC 33454, 77004 und 77003 unter Mitwirkung der Wir! Stiftung Grundlagen erarbeitet, die in zukünftige Überlegungen mit einfließen sollten.

Sehr zu begrüßen ist die Bereitschaft „...*grundsätzlich neue Wege zu gehen, um den „Pflegedienst“ pflegende Angehörige durch passgenaue Hilfen ... zielgerichtet zu unterstützen...*“

Die angeführten Konzepte sind auf der Konzeptebene hilfreich. Wichtig sind aber nachhaltige und verlässlich umsetzbare rechtliche Regelungen für die Rahmenbedingungen der Angehörigenpflege.

Zu V. Weitere Anpassungen in der Pflegeausbildung / Akademisierung der Pflege

Ist mit "guter Pflege" gute professionelle Pflege gemeint? Es erscheint als ausgesprochen wichtig, professionelle und informelle Pflege zunächst einmal getrennt zu behandeln, um dann in weiteren Schritten die Schnittstellen zu definieren und zu thematisieren.

In eine „...immer hin zum Menschen...“ ausgerichtete *Hochschulausbildung* für professionell Pflegende sollte auch die Expertise pflegender Angehöriger mit einfließen.

Zu VI. Wohnortnahe Pflege

Der Grundsatz „*ambulant vor stationär*“ ist unterstützenswert. Aber wer soll, kann und will künftig ambulant pflegen und versorgen?

Dass Angebote wie *Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflegen* vor Ort bedarfsorientiert ausgebaut, sowie Pflegestützpunkte unterstützt werden sollen entspricht dem Bedarf von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen.

Auch *Wohnkonzepte* wie Mehrgenerationenhäuser, Wohngruppen, Seniorenwohngemeinschaften, altersgerechtes Wohnen oder genossenschaftliches Organisieren von Wohnen und Pflegen ist sinnvoll und zukunftsrelevant.

Zu VII. Sektorenübergreifende Lösungen anstreben

Wir unterstützen die Bestrebungen einer *sektorenübergreifenden medizinischen und pflegerischen Versorgungsplanung*. Aber auch hier stellt sich die Frage, was mit pflegerischer Versorgungsplanung gemeint ist? Zählt nur die professionelle Pflege dazu? Dann sollte das auch so benannt werden. Eine "unabdingbare stabile häusliche Pflege" kann unter den aktuellen Bedingungen wohl nicht erreicht werden. Wie also soll die Pflege zukunftssicher geplant werden?

Auch die Forderung nach Sicherstellung einer *verlässlichen und qualitativ hochwertigen Anschlussversorgung* unterstützen wir. Die Frage ist, wie sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen praktisch umgesetzt werden kann und soll?

Ein bedarfsorientierter Ausbau von Fallsteuerung, also Case and Care Management durch kommunal verankerte Strukturen ist anzustreben. Aber auch hier die Frage: Wie und mit welchen Fachkräften?

Zu VIII. Die Digitalisierung und ihre Erkenntnisse nutzen

Digitale Unterstützungsmöglichkeiten sollten flächendeckend etabliert, genutzt und weiterentwickelt werden können. Wichtig sind dafür aber neben Netzverfügbarkeit und Netzstabilität auch Schnittstellenkompatibilität und finanzielle Ressourcen. Wichtig erscheint es uns auch zu sein, dass sich nicht Projekt an Projekt reiht, sondern Projekte einen

Nachhaltigkeitsnachweis erbringen müssen. Digitale Unterstützung sollte sich in der Alltagspraxis als nachhaltiger Mehrwert etablieren.

Zu IX. Evaluierung der pädiatrischen Pflege

Wir unterstützen die Forderung nach einer Wiederherstellung der *Eigenständigkeit der pädiatrischen Pflege*.

Fazit

Wir begrüßen es, dass die CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag sich in dem vorliegenden Positionspapier grundsätzlich des Themas "Pflege" annimmt. In dem Papier sind Feststellungen und Forderungen enthalten, die Zukunftspotential haben. Die Frage ist allerdings, *wer wird wann welche Reformen anschieben?*

Wichtig erscheint es uns, die *Pflegeversicherung strukturell zu reformieren*. Der Schwerpunkt muss auf das Wohlergehen von Menschen mit Pflegebedarf und der sie professionell und informell pflegenden und betreuenden Menschen gelegt werden. Im Rahmen einer solchen Reform müssen die Akzente weg von vor allem ökonomischen Kriterien gesetzt werden.

Im Grundsatz befürworten wir das *Subsidiaritätsprinzip*. Beim Thema Angehörigenpflege aber muss es hinterfragt werden. Es muss geklärt werden, ob eine Leistung, die das Rückgrat der Pflege in Deutschland darstellt, auch zukünftig zu über 84 Prozent subsidiär, also unentgeltlich über Jahre und Jahrzehnte hinweg erbracht werden kann.

Wir sehen eine *rechtssichere Verankerung* der Tätigkeiten und des Aufgabengebietes, von Rechten und von Pflichten in der *Angehörigenpflege*, als unabdingbar wichtig an.

Rechtlich gesehen muss niemand einen nahestehenden Menschen nach dem 18. Lebensjahr pflegen. Gut ausgebildete Frauen und Männer können informell pflegen, sie müssen es aber nicht. Ist das "Rückgrat der Pflege" also wirklich stabil?

Was ist, wenn dieses Rückgrat bricht? Und noch ein schon angesprochener Aspekt erscheint uns zukunftsrelevant zu sein: Welche ungeborenen Kinder von ungeborenen Müttern werden sich in Zukunft informell kümmern und pflegen?

"Pflege" ist ein Thema von nationaler Bedeutung, da jeder Bürger und jede Bürgerin in jedem Alter und jederzeit davon betroffen sein kann.

Unserer Ansicht wäre ein *"Runder Tisch Pflege"* auf Bundesebene sowie die Bildung einer *Enquetekommission* der gesellschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Themas angemessen.

Brigitte Bührlen
Vorsitzende